

Antrag



Umwandelung der Volksschule Lange Gasse in offene Ganztagsschule

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 25.3.26 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die zuständige Stadträtin Emmerling wird ersucht, die Umwandlung der Volksschule Lange Gasse in eine offene Ganztagsschule von Seiten der Stadt voranzutreiben und diese mit ausreichend Ressourcen auszustatten.

Begründung

Ganztägige, leistbare Kinderbetreuung ist in einer modernen Stadt essenziell. Die vorhandenen Ganztagesangebote für Kinder in der Josefstadt sind nicht ausreichend, um den großen Bedarf der Familien zu decken.

Wir stellen uns auf Seiten der Eltern, Erziehungsberechtigten, Pädagog:innen, Unterstützer:innen und Kinder aus dem 8. Bezirk, unterstützen die laufende Petition und fordern die Stadt Wien sowie die zuständige Stadträtin auf, die notwendigen Ressourcen für eine Umstellung der Schule auf Offene Ganztagsschule bereitzustellen.

Die Bezirksvorstehung hat der Magistratsabteilung 56 bereits mehrmals den Willen signalisiert, die notwendigen finanziellen Mittel für eine Umgestaltung der Räumlichkeiten des Horts in der Lange Gasse trotz Budgetkürzungen durch die Stadtregierung zu veranlassen, von Seiten der Stadt Wien wird aber keine Möglichkeit gesehen, eine Offene Ganztagsschule 2026 oder 2027 mit dem notwendigen Betreuungspersonal (Lehr- und Freizeitpädagog:innen sowie Unterstützungspersonal) auszustatten.

Durch leistbare, hochwertige Ganztagsbetreuung der Kinder wird die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf gefördert. Dies ist ein Schritt in Richtung mehr Gleichberechtigung der Geschlechter. Auch die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund wird durch leistbare Ganztagsbetreuung merklich gefördert. Auch jene Kinder mit Bildungsdefiziten profitieren langfristig enorm.

Um es in den Worten der Initiator:innen der Petition zu sagen: „Kinder brauchen stabile, fördernde und sichere Bildungs- und Betreuungsangebote. Bildung und Betreuung sind keine Ausgaben, sondern Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft. Ganztagsschulen sind kein Luxus, sie sind eine bildungs-, integrations- und gesellschaftspolitische Notwendigkeit.“

Quelle:

https://mein.aufstehn.at/petitions/gemeinsam-fur-die-ovs-lange-gasse-jetzt-umsetzen-1?source=web_share_api&utm_source=web_share_api&share=6e062715-a02e-4d90-bbbd-0f4f04047180

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Antrag



Sanierung und Erweiterung Kindergarten Josefstädter Straße

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 25.3.26 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die zuständige Stadträtin wird ersucht, einen Sanierungsplan für den städtischen Kindergarten in der Josefstädter Straße 93–97 zu erstellen, der die notwendigen Schritte und Ressourcen sicherstellt, um die leerstehenden Räume für zusätzliche Kindergartengruppen nutzbar zu machen und so die Zahl der öffentlichen Kinderbetreuungsplätze in der Josefstadt deutlich zu erhöhen. Dabei sollen erforderliche Adaptierungen für Brandschutz, ein klimafreundliches Konzept sowie eine kinderfreundliche Gestaltung des Innenhofs berücksichtigt werden.

Begründung

Die Josefstadt verfügt derzeit über nur einen einzigen öffentlichen Kindergarten. Zum Vergleich: Im benachbarten Alsergrund gibt es elf. Zwar existieren einige private Einrichtungen, diese sind jedoch deutlich teurer und für Familien mit geringerem Einkommen oft nicht leistbar – zudem sind viele Plätze regelmäßig voll belegt.

Der Mangel an öffentlichen Betreuungsplätzen im 8. Bezirk ist daher dramatisch, während gleichzeitig seit Jahren ungenutzter Raum im städtischen Kindergarten in der Josefstädter Straße 93–97 leersteht. Zwei der vier Stockwerke stehen seit der Schließung des Horts leer, da sie aufgrund fehlender Brandschutz-Adaptionen derzeit nicht genutzt werden dürfen – so schreibt es die Bauordnung vor.

Das gesamte Gebäude ist sanierungsbedürftig: Errichtet 1964, hat es bisher keine umfassende Renovierung erfahren. Brandschutz-Maßnahmen im gesamten Haus sind notwendig, um die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten. Auch der Innenhof und Spielbereich bedürfen dringend einer kindgerechten und zeitgemäßen Gestaltung.

Die Notwendigkeit einer Finanzierung für diese Sanierung ist evident, liegt jedoch außerhalb der budgetären Handlungsmöglichkeiten des Bezirks. Mit etwa 15 Millionen Euro, die seitens der zuständigen Dienststellen für das Projekt vorgesehen wurden, ist die Umsetzung im Rahmen des Bezirksbudgets nicht machbar. Deshalb ist es dringlich, dass die zuständige Stadträtin ein umfassendes Paket auf den Weg bringt, dass die notwendigen Adaptierungen und Erweiterungen ermöglicht.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.



Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt, der SPÖ Josefstadt, der ÖVP8, der NEOS Josefstadt sowie KPÖ LINKS Josefstadt stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.3.2026 gemäß §24 GO BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen werden ersucht, die Umbenennung des Hamerlingparks in „Lore-Segal-Park“ zu überprüfen und zu veranlassen.

Begründung

Robert Hamerling (1830-1889) war ein österreichischer Schriftsteller. Seine Werke wurden zeitgenössisch viel gelesen und rezipiert. In vielen seiner Werke, insbesondere in den Texten „Ashvar in Rom“ und „Homunculus“, bedient er sich zahlreicher antisemitischer Stereotype. So spricht Hamerling in seinen Werken von einer „lebenskräftigen jüdischen Race“, die alle übrigen Rassen überdauert und bezieht sich immer wieder auf „Judengeruch“, „Judennase“ und andere Stereotype.¹ Hamerling warb in seiner Lyrik mit stark antisemitischen Tönen außerdem vehement für die nationale Einigung aller Deutschen. So war er ein Verstärker des Antisemitismus und ebnete auch der späteren Shoa den Weg. Neben seinem Antisemitismus ist auch starke Frauenfeindlichkeit in seinen Texten zu lesen.

2021 wurde eine Historiker:innen-Kommission eingesetzt, die eine geschichtswissenschaftliche Kontextualisierung jener Persönlichkeiten vornahm, die hinter den Straßennamen in Wien stehen. Robert Hamerling wurde im Zuge dessen als „Fall mit Diskussionsbedarf“ eingeordnet, da dessen Werke eine antisemitische Haltung aufweisen.²

Lore Segal (née Groszmann) wurde am 9. März 1928 in Wien geboren und wuchs in der Josefstadt auf. Sie besuchte, als ausgezeichnete Schülerin, Schulen in der Pfeil-, Lerchen- und Albertgasse und spielte als Kind selbst oft im Hamerlingpark. Später war es jüdischen Kindern verboten, den Park zu betreten. Nach dem „Anschluss“ verlor ihr Vater seinen Arbeitsplatz und die Familie wurde von der Gestapo aus der Wohnung in der Josefstädter Straße geworfen.

Segal gehörte zu den ersten Kindern, die 1938/89 mit dem „Kindertransport“ nach Großbritannien fliehen und so der Vernichtung entgehen konnten. Als 10-Jährige kam sie bei Pflegeeltern in Liverpool unter. Über Umwege konnten selbst ihre beiden Eltern Österreich verlassen, die meisten ihrer Verwandten wurden aber im Holocaust ermordet. Die spätere Segal studierte in London, lebte zwischenzeitlich in der Dominikanischen Republik und wanderte schließlich mit Teilen ihrer Familie nach New York aus.

¹ <https://www.wien.gv.at/kultur/strassennamen/strassennamenpruefung.html>

² <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Hamerlinggasse>

Dort verfasste sie immer mehr Erzählungen und Kurzgeschichten und heiratete 1961 David Segal. Sie bekam zwei Kinder. 1968 bis 1978 war Segal Professorin für Englisch, u.a. an der Columbia University und in Princeton.

Segal lebte in Manhattan und war bis ins hohe Alter als Schriftstellerin tätig. Wenige Monate vor ihrem Tode konnte sie noch per Liveschaltung an der Eröffnung der Ausstellung „*Ich wollte Wien liebhaben, habe mich aber nicht getraut*“ im Bezirksmuseum Josefstadt in Wien teilnehmen.

Gerade heute, wo antisemitische Vorfälle auf einem traurigen Höchststand stehen, ist es wichtig, klare Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen. Einem Schriftsteller, der Hass und Spaltung verbreitet, soll in der Josefstadt kein Park gewidmet sein. Gleichzeitig ist es wichtig, die Leistungen jüdischer Josefstädter:innen zu würdigen. Zudem sind Frauen bei der Benennung von Straßen und Orten in Wien noch immer unterrepräsentiert.

Lore Segal, als jüdische Schriftstellerin, wäre ein sehr passendes Gegenstück zu Hamerling.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur
Bezirksvertretungssitzung am 25.03.2026 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Installation einer Fußgängerampel an der Kreuzung Lederergasse / Laudongasse

Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht zu überprüfen, ob an der Kreuzung Lederergasse / Laudongasse eine eigene Signalisierung für Fußgängerinnen und Fußgänger (Fußgängerampel) installiert werden kann. Das Ergebnis der Überprüfung inkl. einer Kostenschätzung soll der Mobilitätskommission zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Begründung

An der genannten Kreuzung befindet sich derzeit eine Ampelanlage, die ausschließlich den motorisierten Verkehr regelt. Für Fußgänger*innen existiert hingegen keine eigene Signalisierung.

In der Praxis führt dies zu einer problematischen Situation: Viele Autofahrer*innen gehen offenbar davon aus, dass sich querende Fußgänger*innen an der bestehenden Ampelanlage orientieren. Tatsächlich queren jedoch zahlreiche Personen die Kreuzung unabhängig von der Ampelphase, da diese für den Fußverkehr formal nicht gilt.

Dadurch entsteht eine widersprüchliche Erwartungshaltung zwischen den Verkehrsteilnehmer*innen. Während der Autoverkehr häufig davon ausgeht, dass bei Grün freie Fahrt besteht, orientieren sich Fußgänger*innen oft nicht an der Ampel, weil für sie keine eigene Signalisierung vorgesehen ist.

Diese Situation führt regelmäßig zu Unsicherheiten und potenziell gefährlichen Momenten zwischen Auto- und Fußverkehr. Eine eigene Fußgänger*innenampel würde die Verkehrssituation klarer und nachvollziehbarer gestalten und damit zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur
Bezirksvertretungssitzung am 25.03.2026 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Längere Grünphasen für Fußgänger*innen-Ampeln Alser Straße/Trude-Wähner-Platz und Josefstädter Straße/Landesgerichtsstraße

Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht, eine schnellere und längere Grünphase der Fußgänger*innen-Ampeln bei den Überquerungen Alser Straße/Trude-Wähner-Platz und Josefstädter Straße/Landesgerichtsstraße umzusetzen.

Begründung

Die aktuelle Situation bei den beiden Ampeln ist für Fußgänger*innen leider nicht wirklich zufriedenstellend.

Bei der Ampel Alser Straße/Trude-Wähner-Platz müssen Fußgänger*innen in letzter Zeit immer länger auf eine Grünphase warten, um die Straße zu überqueren - auch in Situationen, wo gerade keine Straßenbahnen in den Stationen stehen oder sich annähern. Das führt oft dazu, dass Fußgänger*innen teilweise auch bei rot über die Straße gehen, weil die Wartezeit zu lang ist.

Bei der Ampel Josefstädter Straße/Landesgerichtsstraße ist die Grünphase beim Überqueren zu kurz. Ältere Menschen, die z.B. langsamer unterwegs sind, schaffen es teilweise nicht im Rahmen der Grünphase die Straße zu überqueren. Hier wäre eine längere Grünphase wünschenswert und würde auch die Sicherheit für Fußgänger*innen beim Überqueren der Straße erhöhen.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur
Bezirksvertretungssitzung am 25.03.2026 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Reaktivierung Brunnen Pfeilgasse 10-12

Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht den öffentlich zugänglichen Brunnen vor der Wohnhausanlage Pfeilgasse 10-12 baulich wieder instand zu setzen und den Wasseranschluss wiederherzustellen. Die Kosten für die Inbetriebnahme und für den laufenden Betrieb sollen aus dem Bezirksbudget getragen werden.

Begründung

Dieser Antrag wurde bereits in der Vergangenheit schon in einer BV-Sitzung beschlossen. Das Antwortschreiben beinhaltete, dass der Brunnen nach der Sanierung der Wohnhausanlage wieder in Betrieb genommen werden kann und da sich die Sanierungsarbeiten aktuell vor der Fertigstellung befinden, wäre jetzt der passende Zeitpunkt die Reaktivierung des Brunnens vorzunehmen. Die Kosten der Inbetriebnahme belaufen sich auf 2000 Euro. Ebenso sollen auch die laufenden Kosten für den Betrieb des Brunnens aus dem Bezirksbudget getragen werden, um die Bewohner*innen hinsichtlich der Betriebskosten zu entlasten. Von dem Brunnen würden alle Josefstädter*innen profitieren, da dieser öffentlich zugänglich ist.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 25.03.2026 gemäß § 24 folgenden

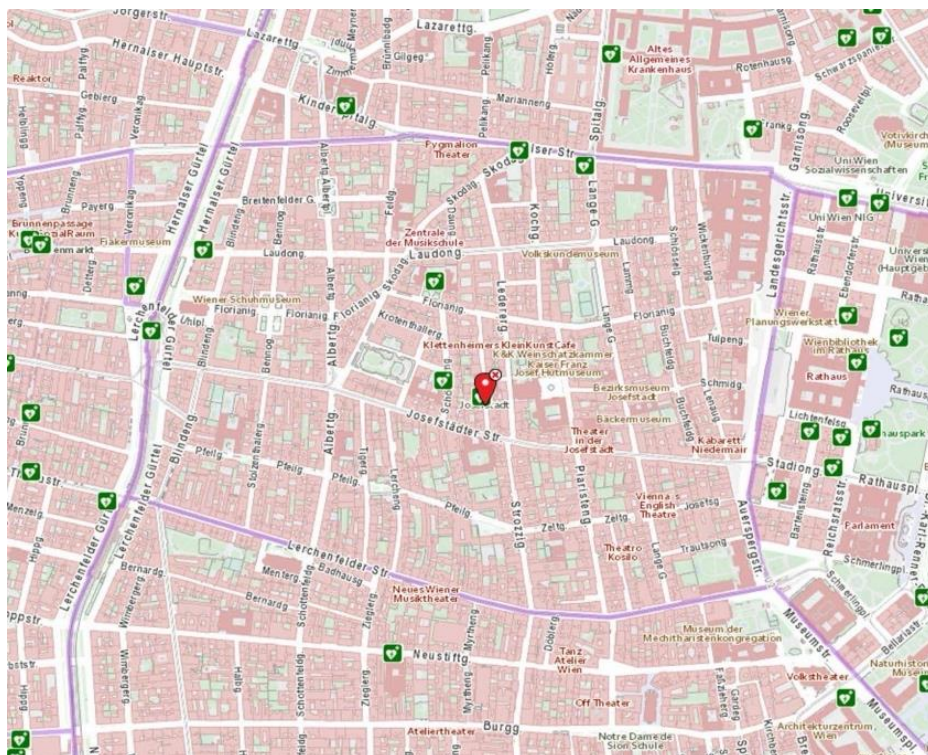
Antrag

Ausbau öffentlich zugänglicher Defibrillatoren in der Josefstadt

Der Herr Bezirksvorsteher wird ersucht mit dem PULS Verein zur Bekämpfung des plötzlichen Herztodes in Kontakt zu treten und zu besprechen, ob weitere Standorte für öffentlich zugängliche Defibrillatoren in der Josefstadt möglich sind. Die Ergebnisse sollen in der Sozialkommission berichtet werden.

Begründung

Obwohl in Wien ein dichtes Netz an Rettungsorganisationen besteht, macht es durchaus Sinn und ist für die Menschen, die einen akuten Herz-Kreislauf-Stillstand haben, entscheidend, dass öffentlich zugängliche Defibrillatoren auch flächendeckend in der Josefstadt zur Verfügung stehen. Bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand nimmt die Überlebenschance pro Minute um etwa 10 Prozent ab, daher ist es wichtig in der unmittelbaren Umgebung einen Defibrillator zu haben. Momentan gibt es in der Josefstadt nur 6 öffentlich zugängliche Defibrillatoren.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ und NEOS stellen zur
Bezirksvertretungssitzung am 25.03.2026 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Umstellung VS Lange Gasse auf OVS

Die zuständige Magistratsabteilung MA56 wird ersucht zu überprüfen, ob die VS Lange Gasse in naher Zukunft auf eine offene Volksschule umgestellt werden kann. Außerdem wird ersucht darzustellen, ob es in der Vergangenheit bereits Überlegungen bzw. Pläne einer Umstellung gab und welche Ergebnisse daraus abgeleitet wurden.

Die Ergebnisse und eine Kostenschätzung sollen der Sozialkommission zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Begründung

Die Umwandlung in eine offene Volksschule würde einen erheblichen Vorteil für die Nachmittagsbetreuung für Kinder und Eltern bedeuten. Nach dem Pflichtunterricht am Vormittag könnten die Kinder direkt in der Schule freizeitpädagogische Betreuung (inkl. Mittagessen/Lernzeit/Freizeit) am Nachmittag in Anspruch nehmen. Der Anspruch in der Josefstadt muss es sein, dass wir die beste Bildung für Kinder ermöglichen. Dabei zählt vor allem jede Chance aktiv zu nützen und mit höchster Priorität zu behandeln, um unsere Schulen auch bestmöglich weiterzuentwickeln.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. März 2026 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Einbindung der Josefstadt in das neue Citybuskonzept – Citybus-Anbindung an den Stephansplatz

Die zuständige Stadträtin möge an die zuständigen Stellen der Stadt Wien sowie an die Wiener Linien herantreten, um

- die Einbindung der Josefstadt in das neue Citybuskonzept zu prüfen und umzusetzen,
- eine Citybus-Linie mit direkter Anbindung an den Stephansplatz einzurichten,
- die Ausgestaltung dieser Linie analog zu den künftig veränderten Linien 2A, 3A und 57A vorzunehmen – insbesondere hinsichtlich:
 - Einsatz von elektrobetriebenen Wasserstoffbussen (Rampini-Busse)
 - Barrierefreier Haltestellen
 - Attraktiver Intervalle und Betriebszeiten

BEGRÜNDUNG:

Mit dem neuen Citybuskonzept der Wiener Linien werden die Linien 2A, 3A und 57A über die Innenstadtgrenzen hinaus in die Nachbarbezirke erweitert. Die Linie 2A wird in den 2. Bezirk verlängert und bindet den Karmelitermarkt sowie den Augarten an. Die Linien 3A und 57A werden bis zur Oper verlängert. Insgesamt werden 17 neue Haltestellen errichtet oder adaptiert.

Die Josefstadt bleibt bei diesem Ausbau jedoch außen vor. Die Bewohnerinnen und Bewohner des 8. Bezirks haben jedoch das gleiche Recht auf eine komfortable und barrierefreie Anbindung an das Herz Wiens wie alle anderen Wienerinnen und Wiener.

Eine Citybus-Linie mit Anbindung an den Stephansplatz würde insbesondere älteren Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität zugutekommen. Wir schlagen eine Linienführung vor, die jedenfalls den Stephansplatz, das Schottentor, die Alser Straße, die Laudongasse, die Bennogasse sowie die Josefstädter Straße umfasst. Der Einsatz von Wasserstoffbussen, wie bereits auf den Linien 2A und 3A seit September 2025, ermöglicht einen umweltfreundlichen Betrieb ohne Ladeinfrastruktur in der Innenstadt.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. März 2026 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Überprüfung zur Sanierung des Gebäudes in der Josefstädterstraße 93-97

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, eine Überprüfung hinsichtlich einer möglichen Sanierung des Gebäudes in der Josefstädter Straße 93–97 vorzunehmen. Dabei sollen sowohl die Kosten einer umfassenden Generalsanierung des gesamten Gebäudes als auch jene einer Teilsanierung der beiden derzeit leerstehenden Stockwerke erhoben und gegenübergestellt werden.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob eine Sanierung der beiden leerstehenden Stockwerke während des laufenden Betriebs des im Gebäude befindlichen Kindergartens möglich ist oder ob eine solche Maßnahme nur unter Einschränkung bzw. Unterbrechung des Betriebs durchgeführt werden kann. Die Ergebnisse dieser Überprüfung sollen in der Sozialkommission des Bezirks berichtet werden.

BEGRÜNDUNG:

Im Bezirk besteht weiterhin eine hohe Nachfrage nach öffentlichen Kindergartenplätzen. Viele Familien sind auf ein ausreichendes Angebot an leistbaren und qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen angewiesen. Vor diesem Hintergrund ist es von besonderer Bedeutung, vorhandene infrastrukturelle Ressourcen bestmöglich zu nutzen und gegebenenfalls zusätzliche Kapazitäten zu erschließen. Das Gebäude in der Josefstädter Straße 93–97 beherbergt bereits einen Kindergarten, verfügt jedoch über derzeit leerstehende Stockwerke. Eine mögliche Sanierung dieser Flächen könnte daher die Chance bieten, zusätzliche Räumlichkeiten zu schaffen oder bestehende Einrichtungen zu erweitern.



Um fundierte Entscheidungen über eine mögliche Nutzung dieser Flächen treffen zu können, ist es notwendig, die baulichen und finanziellen Rahmenbedingungen einer Sanierung zu prüfen.





Namens der Fraktion FPÖ Josefstadt, stellt Nikolaus Muchitsch gemäß §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 25. März 2026 folgenden

Antrag

Betreff: Anbringung Zebrastreifen Laudongasse / Albertgasse

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird ersucht, die Möglichkeit der Anbringung von Zebrastreifen vor dem Haus Albertgasse 47 sowie Laudongasse 48 zu überprüfen und sofern möglich in Absprache mit der Verkehrskommission umzusetzen.

Begründung:

An der benannten Adresse (Albertgasse 47) befindet sich ein Kindergarten. Der nächstgelegene Zebrastreifen zur sicheren Querung der Straße befindet sich auf der Albertgasse allerdings erst bei der Alser Straße bzw. der Florianigasse, auf der Laudongasse erst bei der Bennogasse bzw. der Feldgasse. Im Sinne der Erhöhung der Verkehrssicherheit für querende Kinder erscheint die Einrichtung eines Zebrastreifens direkt vor Ort daher sinnvoll.

Bezirksrat Nikolaus Muchitsch, MSc BA



Namens der Fraktion FPÖ Josefstadt, stellt Felix Schachner gemäß §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 25. März 2026 folgenden

Antrag

Betreff: Erhebung der Stellplatzsituation in der Josefstadt

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird ersucht, im Bezirk Josefstadt eine umfassende Stellplatz und Auslastungserhebung des öffentlichen Parkraums durchzuführen. Auf Basis dieser Erhebung soll geprüft werden, ob in besonders stark ausgelasteten Bereichen des Bezirks die Einrichtung zusätzlicher Anwohnerparkplätze möglich und sinnvoll ist. Die potenzielle Umsetzung ist nach Rücksprache mit der Verkehrskommission umzusetzen.

Begründung:

Die Parkplatzsituation im Bezirk Josefstadt stellt für viele Bewohner eine zunehmende Herausforderung dar. Insbesondere in den Abendstunden steigt der Parkdruck deutlich an, wodurch die Suche nach einem freien Parkplatz für Anrainer oftmals mit erheblichem Zeitaufwand verbunden ist.

Um eine sachliche Grundlage für mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Parkraumsituation zu schaffen, erscheint eine umfassende Stellplatz und Auslastungserhebung im Bezirk sinnvoll. Auf Basis dieser Daten kann anschließend geprüft werden, in welchen Bereichen Maßnahmen wie etwa die Einrichtung von Anwohnerparkplätzen zur Entlastung der Anrainer beitragen können.

Klubobmann Felix Schachner, MA MSc



Namens der Fraktion FPÖ Josefstadt, stellt Nikolaus Muchitsch gemäß §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 25. März 2026 folgenden

Antrag

Betreff: Zusätzliche Mistkübel Hernalser Gürtel

Die zuständige Magistratsabteilung 48 wird ersucht, die Möglichkeit der Anbringung zusätzlicher Mistkübel beim Hernalser Gürtel, zwischen Laudongasse und Uhlplatz zu überprüfen. Die potenzielle Umsetzung ist nach Rücksprache mit der Umweltkommission umzusetzen.

Begründung:

In den vergangenen Monaten häufen sich Anrainerbeschwerden über die starke Verschmutzung der Pflanzentröge am Hernalser Gürtel, zwischen Laudongasse und Uhlplatz. Das berichtet die Bezirkszeitung am 23.02.2026. Bei einer Begehung vor Ort am 27.02.2026 durch die Bezirksräte der FPÖ Bezirksgruppe Josefstadt bestätigt sich der Eindruck. Im Sinne der öffentlichen Sauberkeit erscheinen zusätzliche Behälter für Müll daher sinnvoll.

Bezirksrat Nikolaus Muchitsch, MSc BA

Resolution



Verbesserter Jugendschutz bei Social-Media-Plattformen

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 25. März 2026 gemäß §24 GO BV folgende Resolution

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht sich dafür aus, Familien im Bezirk dabei zu unterstützen, ihre Kinder und Jugendlichen beim Umgang mit Social-Media Plattformen vor manipulativen, gewaltverherrlichenden, sexistischen, extremistischen Inhalten zu schützen.

Begründung

Junge Menschen verbringen einen erheblichen Teil ihrer Freizeit im digitalen Raum, insbesondere auf Social Media-Plattformen. Diese Plattformen weisen oftmals ein erhebliches Suchtpotenzial auf, das mit Empathieverlust und Verrohung einhergehen und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gefährden kann.

Die Generation Z zeigt nicht nur ein starkes gesellschaftliches Engagement, sondern ist auch zunehmend durch digitale Einflüsse belastet. Besonders alarmierend ist, dass rund 85 % der 16-25-Jährigen selbst der Meinung sind, Social Media sollte erst ab 16 Jahren erlaubt sein, da diese Plattformen für jüngere Nutzer:innen mit erheblichen Risiken verbunden sind.

So sind die Empfehlungs-Algorithmen von Social Media Plattformen so gestaltet, dass sie Nutzer:innen möglichst lange auf der Plattform halten sollen, um mehr Werbung ausspielen zu können. Am besten funktioniert das mit besonders polarisierenden oder extremen Inhalten.

Zahlreiche wissenschaftliche Studien und Expert:innen warnen vor den gesundheitlichen, psychischen und sozialen Risiken, die mit der intensiven Nutzung von sozialen Medien durch Kinder und Jugendliche einhergehen. Dazu zählen u.a.:

Cybermobbing, das in seiner Dynamik und Reichweite neue Eskalationsformen angenommen hat (vgl. EU Kids Online 2020), die Verbreitung von gewaltverherrlichenden, sexistischen, verschwörungs-ideologischen oder extremistischen Inhalten (vgl. Deutsches Bundeskriminalamt, Lagebild 2023), Suchtverhalten, insbesondere durch endloses Scrollen („infinite scroll“) und algorithmusbasierte Dopamin-Triggersysteme (vgl. WHO: Guidelines on Digital Health Interventions 2022) und Beeinträchtigungen der psychischen Gesundheit, etwa durch unrealistische Körperbilder, ständigen sozialen Vergleich oder negative Kommentarkulturen (vgl. DAK-Studie 2021; APA 2023).

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Während es im analogen Leben klare Schutzvorgaben für Minderjährige gibt (z. B. Altersbeschränkungen für Alkohol, Tabak, Filme oder Glücksspiele), fehlen im digitalen Raum vergleichbare, wirksame Regelungen. Die Verantwortung liegt derzeit fast ausschließlich bei Eltern, Pädagog:innen oder den Jugendlichen selbst - während die Plattformbetreiber keine systematischen, überprüfbaren Alterskontrollen umsetzen und bei Regelverstößen nur unzureichend sanktioniert werden.

Internationale Vorbilder wie Frankreich oder Spanien zeigen, dass Altersgrenzen durchaus durchsetzbar sind. Auch auf EU-Ebene gibt es mit dem Digital Services Act (DSA) einen Rahmen, der Plattformen mehr Verantwortung überträgt und sie verpflichtet, Risiken zu minimieren. Eine klare Altersbeschränkung für Kinder und Jugendliche wurde im DSA aber nicht getroffen.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. März 2026 gem. § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

BETREFF: Richtige Prioritäten im Bezirk – Vorrang für Bildung, Kinderbetreuung und Infrastruktur vor Prestigeprojekten

Die Bezirksvertretung bekennt sich dazu, dass das Wohl der Kinder und Familien in der Josefstadt, funktionierende Bildungseinrichtungen und die Erhaltung bestehender Infrastruktur Grundvoraussetzungen für eine lebenswerte Josefstadt sind und dass intakte Kindergärten und Schulen sowie das Angebot für Nachmittagsbetreuung Vorrang vor der Neugestaltung öffentlicher Plätze haben müssen.

BEGRÜNDUNG:

Die Josefstadt steht – wie ganz Wien – vor einer angespannten Budgetsituation. In Zeiten knapper öffentlicher Mittel ist es die Pflicht der Bezirkspolitik, die vorhandenen Ressourcen dort einzusetzen, wo sie den größten Nutzen für die Bevölkerung entfalten.

Die ÖVP8 stellt mit Sorge fest, dass in der Josefstadt dringend notwendige Investitionen in grundlegende Infrastruktur seit Jahren aufgeschoben werden, während gleichzeitig kostspielige Prestigeprojekte vorangetrieben werden. Konkret ist festzustellen:

Funktionierende, gut erhaltene Kindergärten sind eine Grundvoraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für die frühkindliche Bildung unserer Kinder.

Schulsanierungen müssen Vorrang haben.

Die Nachfrage nach qualitativvoller Nachmittagsbetreuung übersteigt das Angebot. Investitionen in diesen Bereich kommen unmittelbar den Familien im Bezirk zugute.

Demgegenüber plant die Bezirksführung die Umgestaltung des Josef-Matthias-Hauer-Platzes mit verbleibenden Kosten von rund 2,5 Millionen Euro aus dem Bezirksbudget. Die ÖVP8 hält dieses Projekt in der aktuellen Budgetsituation für nicht vertretbar und fordert, den oben genannten Bereichen Vorrang einzuräumen.





Namens der Fraktion FPÖ Josefstadt, stellt Nikolaus Muchitsch gemäß §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 25. März 2026 folgenden

Resolutionsantrag

Betreff: Linksextremismus in der Josefstadt

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht sich gegen jede Form von Linksextremismus und Anarchismus aus und bekennt sich zu einer Stärkung des Krisenmanagements und der kritischen Infrastruktur.

Begründung:

Linksextreme Straftaten nehmen in ihrer Zahl und in ihrer Aggressivität massiv zu. Laut Verfassungsschutzbericht 2024 stieg die Zahl linksextremer Straftaten von 2023 auf 2024 um über 120%, die Anzahl der schweren Körperverletzungen aus diesem Milieu verdreifachte sich in diesem Zeitraum sogar. Zahlreiche Fälle wie der (mutmaßliche) Mord an dem konservativen Aktivisten Quentin Deranque in Frankreich im Februar 2026, der Anschlag auf die Stromversorgung Berlins im Jänner 2026, die im Verfassungsschutz erwähnten schweren Angriffe auf Polizeibeamte in Wien im Jahr 2024, sowie die Gewalt rund um den Grazer Akademikerball 2025 (mit der linksextreme Gruppen gerne prahlen, siehe Screenshot im Anhang) zeigen die Gewaltbereitschaft und die europaweite Professionalisierung der linksextremen Szene. Die Josefstadt ist hier überproportional betroffen – linksextreme Gruppen haben zahlreiche Örtlichkeiten in der Josefstadt als „Feindlokale“ markiert (siehe Karte im Anhang). Lokalausweise zeigen rund um diese Örtlichkeiten eindeutige, linksextreme Graffiti, die als Einschüchterungsversuch gewertet werden können. Es ist daher von einer Bedrohungslage sowohl für Personen als auch für die kritische Infrastruktur auszugehen. Gerade in Anbetracht der geopolitischen Lage ist es daher wichtig aufmerksam zu sein, und darüber ins Gespräch zu kommen. Für ein friedliches und sicheres Zusammenleben im Bezirk ist es unerlässlich, linksextremen Gedankengut mit allen demokratischen Mitteln entgegenzutreten.

Bezirksrat Nikolaus Muchitsch, MSc BA



Anhang 1: „Watch your Kapperl“ – Aufruf zum Diebstahl von Burschenschafterkappen analog zu den Vorfällen um den Grazer Akademikerball 2025, zu denen derzeit 7 Linksextreme in Graz vor Gericht stehen



Anhang 2: Linksextreme Planungskarte rund um den Akademikerball 2026, inkl. Feindmarkierung („Polizei“, „Deutschnationale Burschenschaften“, „Katholischer (sic!) Studentenverbindungen“)



Antrag



Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Feldgasse im Bereich des Schulweges und des Schulvorfeldes

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 26. November 2025 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die zuständigen Dienststellen werden ersucht, in der Feldgasse im Bereich des Schulweges des Gymnasiums verkehrssichernde und verkehrsberuhigende Maßnahmen auszuarbeiten. Die Ergebnisse inkl. Kostenschätzung mögen in der Mobilitätskommission vorgestellt werden.

Begründung

Um den Schüler:innen, die zu Fuß, mit dem Scooter oder dem Rad aktiv und umweltfreundlich in die Schule kommen, einen maximal sicheren Schulweg zu gewährleisten, sollen Maßnahmen in der Feldgasse – wie

- die Unterbindung des Durchzugsverkehrs (durch Einbahnumdrehung),
- Verordnung als Wohnstraße,
- Einführung einer Wiener Schulstraße,
- Verkehrsreduktion durch bauliche Elemente,
- Sperre für den Individualverkehr und ähnliches –

von den zuständigen Dienststellen ausgearbeitet und in der Mobilitätskommission vorgestellt und diskutiert werden.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind,
beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Errichtung von Motorradabstellplätzen vor Lerchenfelderstraße ONr. 4

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 26.11.2025 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung MA46 wird ersucht, die Möglichkeit zur Errichtung von
Motorradabstellplätzen vor der Lerchenfelder Straße ONr. 4 zu überprüfen und sofern möglich nach
Rücksprache mit der Mobilitätskommission rasch umzusetzen. Die Motorradabstellplätze sollen eine
zeitliche Befristung für die Monate April bis Oktober haben.

Begründung

Die aktuelle Situation vor Ort zeigt, dass vor allem in den wärmeren Monaten viele Motorräder vor
dem Gebäude abgestellt werden und dass es einen konkreten Bedarf nach offiziellen
Abstellmöglichkeiten gibt, die auch ausschließlich für Motorräder in dem genannten Zeitraum zur
Verfügung stehen.

Errichtung Fahrradbügel

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 26.11.2025 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen mögen überprüfen, ob an folgenden Standorten weitere
Fahrradbügel errichtet werden können:

- Daungasse/ Ecke Lederergasse
- Alser Straße (Abschnitt zwischen Feldgasse und Trude Wähner-Platz)
- Friedrich-Schmidt-Platz auf Höhe ONr. 5

Die Ergebnisse mögen der Mobilitätskommission zur weiteren Beratung und Beschlussfassung
vorgelegt werden.

Begründung

Im 8. Bezirk, wo Straßenraum knapp ist und viele Wege kurz sind, bietet das Fahrrad eine besonders
effiziente und umweltfreundliche Mobilitätsform. Zusätzliche Fahrradbügel unterstützen diese
nachhaltige Alltagsmobilität, indem sie gut erreichbare Abstellmöglichkeiten im Grätzl schaffen. An
den erwähnten Standorten gibt es aktuell leider zu wenige Fahrradbügel bzw. sind die vorhandenen
in der näheren Umgebung sehr stark ausgelastet, weswegen oft Fahrräder an Straßenschildern
festgemacht werden. Das beschränkt den Platz auf den Gehsteigen für Fußgänger*innen,
Rollstuhlfahrer*innen und Kinderwägen.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. November 2025 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Erhöhung der Fußgänger-Sicherheit entlang der Rad-Transit-Route Pfeilgasse

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, folgende Lösungen für zwei kritische und für Fußgängerinnen und Fußgänger besonders gefährliche Relationen entlang der Fahrradstraße Pfeilgasse zu prüfen. Die Ergebnisse sollen anschließend in der Mobilitätskommission berichtet werden.

Die zu prüfenden Lösungen:

1. Ecke Stolzenthalergasse/Pfeilgasse sowie Ecke Tigergasse/Pfeilgasse:

- Verengung von Fahrspuren: Optische oder tatsächliche Verengung des verfügbaren Raums, um die Durchfahrt von Fahrzeugen zu verlangsamen.
- Änderung der Oberflächenbeschaffenheit: Einfügen von Pflastersteinen oder anderen unebenen Belägen, um die Geschwindigkeit der Fahrzeuge zu reduzieren.
- Geschwindigkeitshemmer/Schwellen: Installation flacher Schwellen, um das schnelle Fahren zu unterbinden.
- Geänderte Wegführung: Kurvige oder zickzackförmige Streckenführungen, um Fahrzeuge einzubremsen und die Aufmerksamkeit der Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenker zu erhöhen.
- Einbau von Pollern oder Bügeln als physische Barrieren, um die Durchfahrt von Fahrzeugen zu verlangsamen.

2. Ecke Tigergasse/Pfeilgasse zusätzlich:

- Einbau von Pollern oder Bügeln als physische Barrieren, um die Durchfahrt von mehrspurigen Kraftfahrzeugen zu verhindern.

BEGRÜNDUNG:

Fußgängerinnen und Fußgänger berichten immer wieder von gefährlichen Situationen mit Fahrzeugen, die auf Höhe des Lisette-Model-Platzes die Stolzenthalergasse queren. Gleichlautende Berichte gibt es auch auf Höhe des Tigerparks in der Tigergasse. Dort biegen überdies immer wieder Autos illegal auf den Radweg ein. Um die Bewegungsgeschwindigkeit aller Fahrzeuge im Sinne der Verkehrssicherheit zu reduzieren und Verkehrsverstöße zu verhindern, sollen konkrete Maßnahmen an diesen beiden gefährlichen Relationen umgesetzt werden



Der Bezirksrat Jeremias MUIK und weitere Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2025 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Pfandsammelring? Ja, bitte!

Die zuständige Stadträtin/der zuständige Stadtrat wird ersucht, ein Pilotprojekt zur Installation von Pfandsammelringen an öffentlichen Mistkübeln im 8. Wiener Gemeindebezirk zu initiieren.

BEGRÜNDUNG:

Die Anbringung von Pfandsammelringen an öffentlichen Mistkübeln im 8. Bezirk trägt zur nachhaltigen Müllvermeidung und zur Ressourcenschonung bei, indem Pfandflaschen und Pfanddosen nicht im Restmüll landen, sondern gesammelt werden können. Gleichzeitig wird damit ermöglicht Pfandflaschen niederschwelliger zu entnehmen, ohne direkt in den Mistkübel greifen zu müssen.

Pfandsammelringe sind unauffällig, langlebig und leicht zu reinigen, sodass kein zusätzliches Müllaufkommen oder hygienisches Risiko entsteht. Vielmehr wird durch das geordnete Ablegen der Flaschen sogar die Sauberkeit rund um die Mistkübel verbessert, da Flaschen und Dosen nicht lose daneben abgestellt oder weggeworfen werden.



Fotocredits: ÖVP8 - Die Josefstadtpartei



Die NEOS Josefstadt Bezirksrät:innen

Julia Gremsl, Christina Marchesani,

Maximilian Prandstätter, Dirk Volavsek

Antrag betreffend der Neugestaltung des Vorplatzes der Schule Feldgasse im Sinne von Klimaschutz und Aufenthaltsqualität

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Josefstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.06.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung möge folgende Maßnahmen prüfen und das Ergebnis der Mobilitätskommission berichten:

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, die Möglichkeiten der Attraktivierung des Schulvorplatzes des RG/WRG 8 Feldgasse, Feldgasse 6-8, 1080 Wien, zu prüfen und das Ergebnis der Bezirksentwicklungskommission zu berichten. Dabei möge insbesondere auf zusätzliche Begrünung und Beschattung geachtet werden.

Begründung:

Der Vorplatz des RG/WRG 8 Feldgasse erinnert derzeit noch an jenes Bild, das die meisten Gehsteigbereiche vor Schulen nach wie vor bieten: Meist durch funktionale, aber hässliche Metallgitter von der Fahrbahn getrennt, mit ein paar Bänken für wartende Eltern, seit einiger Zeit auch mit dem einen oder anderen Baum. Immerhin wurde auf Wunsch der Schüler:innen kürzlich ein Trinkbrunnen installiert.

Von den Bäumen an beiden Enden bietet nur einer durch eine ausreichend große Baumkrone Schatten, allerdings nur dem Schanigarten der angrenzenden Pizzeria.

Da der Innenhof der Schule laut befragter Schüler:innen und Lehrer:innen viel zu klein ist, diese daher auf den Vorplatz angewiesen sind, besteht hier der große Wunsch, diesen knappen Raum zu vergrößern, zumindest aber jugend- und klimafreundlicher zu gestalten. Das Grätzl Breitenfeld, in dem diese Schule liegt, gehört wie der gesamte Bezirk zu den absoluten Hitze-Hotspots von Wien, hier sollte daher jeder verfügbare öffentliche Raum für kühlende Maßnahmen genutzt werden.

Ein gleichlautender Antrag wurde bereits in der Sitzung vom 18.9.2024 eingebracht und der Bezirksentwicklungs- und Agendakommission zugewiesen, konnte dort aber noch nicht zur Entscheidung gebracht werden.

